

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT BEI INVESTITIONSPROJEKTEN: Für einen frühzeitigen und kontinuierlichen Dialog

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Öffentlichkeitsbeteiligung bei Investitionsprojekten: Für einen frühzeitigen und kontinuierlichen Dialog

Bei volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsentscheidungen ist es aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft ratsam, bereits im Vorfeld für eine breite Akzeptanz zu sorgen. Verwaltung und Politik können sich so bereits im Vorfeld mit den Argumenten für oder gegen ein Vorhaben auseinandersetzen und eine transparente Abwägung öffentlicher und privater Belange vornehmen. Dadurch können sie wichtige Großprojekte kosteneffizient und zügig realisieren.

73 Prozent beträgt die durchschnittliche Kostensteigerung bei abgeschlossenen Großprojekten



Quelle: Hertie School of Governance, 2015

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Öffentlichkeit bereits im Vorfeld von infrastrukturellen und industriellen Projekten frühzeitig und sachlich beteiligen
- Neue Kommunikations- und Öffentlichkeitsbeteiligungsformen einführen
- Akzeptanz steigern durch kontinuierliche Projekttransparenz
- Förmliche Planungs- und Baugenehmigungsverfahren zügig durchführen
- Ausreichende Personal- und Sachressourcen einsetzen

Öffentlichkeit bereits im Vorfeld von infrastrukturellen und industriellen Projekten frühzeitig und sachlich beteiligen

Infrastrukturelle und industrielle Großprojekte in der Kritik: Großprojekte sichern Standorte und stoßen weitere Investitionen von Unternehmen an. Sie geraten in die Kritik, wenn die gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit nicht deutlich wird. Die Verfahren für industrielle Großprojekte, aber auch bedeutsame Infrastrukturvorhaben beispielsweise zur digitalen oder verkehrlichen Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten sind häufig langwierig, bis tatsächlich eine Entscheidung für die Umsetzung erfolgt. Die Informationen über den Projektablauf erreichen zum Teil nicht die Öffentlichkeit, also weder die regionale Wirtschaft noch die betroffenen Bürger, obwohl es seit 2014 die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung für Verkehrsprojekte sowie den Energienetzausbau durch eine sogenannte Antragskonferenz gibt.

Was zu tun ist: Möglichst frühzeitige Informationen auch über mögliche Auswirkungen von Großprojekten und eine sachliche Diskussion erweisen sich als zielführend, vor allem wenn ein Konflikt droht. Dies liefert unmittelbar Informationen für Unternehmen und für Investoren. Zudem bietet das Verfahren Vorteile für Bürger, Politik und Verwaltung, wovon wiederum mittelbar die Wirtschaft profitiert: Informationen über die Grundlage von Planungen und gemeinsame Diskussionen schaffen Vertrauen, bieten die Chance für einvernehmliche Lösungen und eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren.

Neue Kommunikations- und Öffentlichkeitsbeteiligungsformen einführen

Informationen über Genehmigungsverfahren abstrakt und wenig verständlich: Bei Großprojekten mit Auswirkungen auf Anwohner, Umwelt und Landschaft ist die öffentliche Diskussion aus Sicht der Wirtschaft häufig zu wenig durch Sachargumente geprägt. Dies liegt auch daran, dass Projektziele und Möglichkeiten zur Beteiligung oft unverständlich sind. Standards für die Information der Öffentlichkeit über Großprojekte fehlen. Aus Sicht der Wirtschaft wichtige Investitionen beispielsweise zum Ausbau einer Autobahn oder Bahntrasse können deshalb aufgrund unzureichender Informationen am öffentlichen Widerstand scheitern.

Was zu tun ist: Erfolgreiche Großprojekte zeigen aus Sicht der Wirtschaft, dass eine professionelle Planungs- und Methodenkompetenz, Konfliktmanagementstrategien und Mediationstechniken die Bausteine für eine gute Kommunikation bilden. Auch Dialog-Plattform für alle Beteiligten (Bürger, Investoren, Politik, Verwaltung sowie IHKs als Träger öffentlicher Belange und Umweltverbände) können maßgeblich zum Gelingen beitragen. Für den Dialog sind aber auch Entscheidungsspielräume nötig, um berechnete Anliegen von Bürgern und Wirtschaft berücksichtigen zu können. Aus Sicht der Wirtschaft erscheint wichtig, dass dafür bereits im Vorfeld unterschiedliche Alternativen geprüft und das Für und Wider erörtert werden.

Akzeptanz steigern durch kontinuierliche Projekttransparenz

Öffentlichkeitsbeteiligungen von Wirtschaft und Bürgern erfolgen bundesweit oft sehr uneinheitlich: Bund, Länder und Gemeinden organisieren ihre Verfahren zur Beteiligung der

Öffentlichkeit unterschiedlich und vielfach unsystematisch – via Internet, durch Veröffentlichung von Projektbeschreibungen in Amtsblättern oder Aushängen. Dies erschwert die Möglichkeit der Unternehmen, sich zu beteiligen. Auch die Zeitpunkte der Informationen sind uneinheitlich. Einige Behörden organisieren frühzeitige Beteiligungen, andere beteiligen die betroffenen Unternehmen erst spät, obwohl sich ein Konflikt abzeichnet.

Was zu tun ist: Eine breit angelegte Öffentlichkeitsbeteiligung braucht funktionierende Informations- und Beteiligungsformate. Über moderne Informationstechnologien und digitale Plattformen können Planungen einfach, verständlich und transparent aufbereitet werden. Das Internet bzw. die digitalen Medien können neben herkömmliche Veröffentlichungen in Amtsblättern, durch Aushänge und Presseveröffentlichungen treten. Den Unternehmen ist ein kontinuierlicher Informationsfluss besonders wichtig.

Förmliche Planungs- und Baugenehmigungsverfahren zügig durchführen

Plan- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange: Planverfahren für Infrastrukturprojekte, aber auch einfache Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben von Unternehmen sind wegen ihrer oft zu langen Verfahrensdauer und der fehlenden Erklärung, an welchem Verfahrensschritt sich die Planung gerade befindet, vielfach nicht nachvollziehbar. Dadurch geraten sie häufig ins Stocken. Zudem gibt es nur unzureichende Informationen über Verfahrensschritte und Erreichbarkeiten. Dabei bietet das geltende Planungsrecht bereits heute die Möglichkeit, durch umfassende Informationen vor und im Projektverlauf für eine zügige Durchführung der formalen Planungsverfahren zu sorgen.

Was zu tun ist: Bereits das geltende Planungsrecht ermöglicht kürzere förmliche Verfahren und die Einhaltung von Planungsfristen. Der bundesweite Einsatz von elektronischen Informationstechnologien lässt zu, die Baugenehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wichtige Bausteine für bundesweit einheitliche und schnelle Verfahren bilden beispielsweise die elektronische Bauakte, ein one-stop-shop für Genehmigungen und ein elektronisches Bauarchiv.

Ausreichende Personal- und Sachressourcen einsetzen

Verzögerungen führen zu Kostensteigerungen und fehlender Nachvollziehbarkeit: Vielerorts zeigt sich, dass fehlende Personal- und Sachressourcen sowie Umplanungen und Finanzierungslücken Infrastruktur- und andere Bauprojekte verzögern. Die Folge sind Kostensteigerungen nicht nur für den Investor, sondern auch für die Unternehmen in der Region. Bei langen Planungszeiträumen droht die Akzeptanz verloren zu gehen, weil die Projektentscheidung für die nächste Generation nicht mehr verständlich ist und technische Innovationen nicht mehr berücksichtigt werden können. Für ein gutes Kommunikationsmanagement fehlen ausreichende Mittel.

Was zu tun ist: Vorausschauende Planungen können aus Sicht der Wirtschaft personelle Engpässe und mangelnde Ressourcen vermeiden. Auch für einen geordneten Prozessablauf und zur Vermei-

ding von langwierigen Verzögerungen erscheinen sie unverzichtbar. Die Erfahrung der Unternehmen mit eigenen Projekten zeigt auch: Durch ein professionelles Projektmanagement kann es gelingen, technische Innovationen in laufende Prozesse einzubeziehen.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Beteiligung und Begleitung an Planungs- und Mediationsverfahren als Gesamtinteressenvertretung der regionalen Wirtschaft
- mehr als 320 Stellungnahmen zu Planfeststellungsverfahren und über 1.350 Beratungen zur Genehmigungen von Einzelhandelsvorhaben der regionalen IHKs pro Jahr